

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.20 Mk., bei Selbstabholung 2.10 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.60 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18600.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Zeitzeile 50 Pfg. und 50%, Feuerungszuschlag — 75 Pfg. Beagl. bei Platzvorschrift 55 Pfg. und 50%, Feuerungszuschlag — 83 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue Erhöhung der Lebensmittelpreise.

Hessige Kämpfe zwischen Bolschewisten und Esten.

Über heftige Kämpfe zwischen Esten und Bolschewisten an der Narwa-Front wird aus Helsinki berichtet. Danach liegt auf der estnischen Front schweres Artilleriefeuer der Bolschewisten. Alle bisher von den Bolschewisten unternommenen Angriffe sollen unter großen Verlusten gescheitert sein. Narwa wird fortwährend mit weittragenden Geschützen beschossen und weist große Zerstörungen auf. Die Lage der Stadt ist verzweifelt. Nach einem Bericht aus bolschewistischer Quelle soll die Rote Armee die estnische Front durchstoßen haben, was die Lage der Esten noch ernster gestalten und den Fall von Narwa erzwängen würde. Die Verluste auf beiden Seiten übersteigen 20 000 Mann.

An der Murmanfront ist wegen der Kälte vollständige Ruhe eingetreten. Die Bolschewisten sehen für einen Frühjahrsfeldzug bedeutende Kräfte zusammen.

Ins Arsenal wird gemeldet, daß Kollischal nunmehr auch Tomsk geräumt hat. Die Freigabe dieser Stadt zeigt, daß die von verschiedenen Seiten verbreitete Nachricht über Fortschritte im Kampf gegen den Bolschewismus nicht den Tatsachen entspricht.

Die kapitalistische Internationale gegen die Bolschewisten.

Der Pariser Matin meldet: Die Anfang Januar zusammen tretende Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in Paris wird sich über einen neuen Feldzugsplan gegen das bolschewistische Rußland schlüssig werden. Lloyd George, Clemenceau und Wilson, sowie die japanische Regierung seien sich darin einig, im Frühjahr die Regierung Lenin-Trotski mit Waffengewalt zu stürzen. Die Entscheidung Italiens stehe noch aus. — In der französischen Kammer haben die Sozialisten eine Interpellation eingebracht, die über die Absichten der französischen Regierung gegen den russischen Bolschewismus Aufklärung fordert und nähere Anordnungen über das französisch-griechische Waffenbündnis verlangt.

Vordringen der Bolschewisten im Süden.

London, 28. Dezember. Nach einer Konstantinopeler Meldung vom 27. Dezember beginnt die Zivilbevölkerung von Odesa wegen des schnellen Vordringens der Bolschewisten die Stadt zu räumen.

Prüfung des deutschen Werftmaterials.

Der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutka, hat dem deutschen Geschäftsträger Herrn v. Bernice mitgeteilt, daß die Marinestützpunktinspektoren, die mit der Überprüfung der deutschen Werftmaterialbestände beauftragt sind, nach Hamburg reisen und in den nächsten Tagen zunächst mit den schon in Deutschland anwesenden Ententevertretern die Besichtigung der Hafenanlagen usw. vornehmen werden. Die Verhandlungen über die technischen Ausföhrungsbestimmungen des Friedensvertrages, zu deren Föhrung Herr von Simson mit seiner Kommission nach Paris gereist ist, werden Sonntag oder Montag jedenfalls der Verwaltungsbehörden im linksrheinischen Gebiet, im Saarrevier, in Aachen und in Oberschlesien, sowie der Entente-Kommission in Deutschland.

Berschärfung der Kohlenkrise.

Die Kohlenkrise nimmt nach neueren Meldungen immer mehr einen katastrophalen Charakter an. In Düsseldorf ist die Abgabe von Kraftstrom an die Großabnehmer durch das städtische Elektrizitätswerk ganz gesperrt worden, bis die Zuföhr von Kohlen wieder einsetzt. Die letzten Nachrichten von den Feiertagen aus den einzelnen Bezirken des Industriegebietes lassen wenig Hoffnung, daß die Kohlennot eine baldige Wendung zum Besseren nehmen wird. Viele Betriebe, darunter sehr bedeutende, wie die Thyssenschen Werke, sind überhaupt bis nach dem 4. Januar, also auf zwei Wochen, stillgelegt worden. Im Siegerland steht die Industrie vor einer Katastrophe. Dort verlan den bereits die Arbeiterverbände Maßnahmen der Regierung, um den Arbeitern, welche aus dem Kohlenmangels-folgenden Werken entlassen werden, Verdienstmöglichkeiten durch Bahnbauten zu geben.

In einer Konferenz, die der Vorstand des Allen Bergarbeiterverbandes mit den Betriebsdirektoren des Ruhrgebietes in der Frage der Sechstundensicht abhielt, wurde zwar allgemein deren baldige Einführung erwünscht, aber betont, der gegenwärtige Zeitpunkt sei wegen der ungeheuren Kohlennot und der dadurch verursachten großen Betriebseinstellungen für die Schöhtverlängerung außerordentlich ungünstig.

Wie die Frankfurter Zeitung berichtet, hat der Reichskohlenkommissar, Geheimrat Stöck, um seinen Abschied gebeten. Das Abschiedsgesuch hängt zweifellos mit den sich fast täglich vermehrenden Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung zusammen.

In Kiel wird seit Sonnabend bis zum 4. Januar 1920 die Abgabe von elektrischem Strom in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags vollständig eingestellt.

Der Massanischen Erz- und Schlittenindustrie droht infolge Kohlenmangels Stilllegung. Eine Arbeiterkonferenz forderte sofortige Kohlenbelieferung, da sonst die Katastrophe unvermeidlich wöhrde.

Reichsgelder für die Wahlagitafion.

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Kaufmann Sonnenfeld senior, der Vater des nach Holland entwichenen früheren Angestellten von Starnz, hat dem Finanzminister nähere Angaben zu seiner Behauptung unterbreitet, daß größere Geldsummen zur rechtssozialistischen Wahlpropaganda aus Starnz' Mitteln bezahlt worden seien.

Er schildert in seinem Schriftstück die Einrichtung und den Betrieb eines umfangreichen „Helferdienstes“ unter einem Schwiegersohn Scheidemann, der seine Bureaus im Reichstagsgebäude hatte und für den auch er (Sonnenfeld) tätig gewesen sei. Auf Veranlassung dieses Helferdienstes seien damals Flugblätter gedruckt und in Massen durch Automobile verbreitet worden; habe man Musikkapellen zu Rundfahrten durch die Stadt engagiert und für Propagandazwecke mindestens 50—60 000 Mk. angegeben. Diese Gelder habe dem Starnz als Ausgabe für die Reichstagsgruppen von der Regierung angefordert und sie seien ihm auch ausgezahlt worden, was sein Sohn zu belegen bereit sei.

Die Auslieferungsfrage.

Der Pariser Matin bringt einen Artikel über Wilhelm II., worin es u. a. heißt: Seit der Veröffentlichung des Kautsky-Buches über den Ursprung des Krieges arbeitet Wilhelm II. an der Redigierung seiner Verteidigung, die er zweifellos dem König von England vorlegen wird. Weiter wird berichtet, daß auch der Kronprinz auf der Liste der auszuliefernden Personen stehe. Er werde wegen Völlnerung, Mord und Diebstahl angeklagt. Der französische Staatssekretär Jonaer, der vor kurzem in London über die Auslieferungsmöglichkeiten verhandelt hat, hat der Presse mitgeteilt, daß Frankreich schon seit langer Zeit Vorarbeiten für die Sammlung des Auslieferungsmaterials geleistet habe. Schon seit 1916 sei eine Kommission tätig, die alle laut werdenden Anklagen sammelte. Auf die Anträge dieser Kommission hin habe man jetzt schon zahlreiche Verhaftungen im Reichslande vorgenommen. Auch habe man bereits die Kriegogerichte in Lille und Amiens verdröflichen müssen.

Auf eine Woche verboten.

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Gouverneur der Festung Thorn hat das Erscheinen und die Verbreitung der sozialdemokratischen Volksstimme für die Dauer einer Woche verboten, weil das Blatt anläßlich eines Streiks der Thorer Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke durch einen Artikel „Streikbrecher“ angeblich die Ruhe und Sicherheit gefährdet hätte. In dem Artikel wurde das Eintreten der Technischen Nothilfe zur zeitweisen Aufrechterhaltung des Betriebes der Elektrizitätswerke als Streikbruch bezeichnet.

Französisch-belgische Differenzen?

Aus Brüssel wird gemeldet: Nation Belge bringt in ihrer gestrigen Nummer eine Meldung, wonach die französische Regierung die Lieferung von Eisen für die belgische Industrie einstelle. Der Grund für diese ernste Maßnahme sei, daß die Bergwerksbesitzer die letzten für Frankreich gelieferten Kohlen mit starken Schwungrünger vermengt hätten. Die Aufregung in den industriellen Kreisen Belgiens und Charlerois sei sehr groß, denn die Fabriken würden durch diese Maßnahme mit der Stilllegung bedroht.

Ueberfall auf die Wohnung des irischen Bizehönigs.

Dublin, 28. Dezember. (W. L. B.) Heute morgen wurde ein Angriff auf die Wohnung des Bizehönigs gemacht. Ein Offizier der Wache wurde getödtet, ebenso einer der wödl Angreifer. Vier Personen, die der Teilnahme an dem Angriff verdächtig sind, wurden in Haft genommen.

Am Ende des Lateins.

Immer mehr schnellen die Preise für die nötigsten Lebensmittel und Lebensbedürfnisse in die Höhe, so daß sie nur noch von den reichsten Leuten bezahlt werden können. Die Reichsregierung, mit der die Reichsregierung das deutsche Volk „beglückt“, wird nicht nur die größte Verwönderung, sondern bei der Arbeiterchaft auch die größte Empörung auslösen. Der Wehlpreis einschließlich des Kartoffelstreckmehles soll vom 1. Januar 1920 um 40.50 Mk. pro Doppelzentner erhöht werden. Die Erhöhung des Wehlpreises hat einen Brotpreis zur Folge, wie man ihn selbst in den Hungerjahren des Krieges der Arbeiterchaft nicht zu bieten gewagt hatte. In Berlin wird das Pfund Brot 50, in Posen 50, in Leipzig 54 Pfg. kosten. Von 25 auf 30 Pfg. schnell also allein das Pfund Brot im Preise in die Höhe. Die Mehrausgabe beträgt für die Person und Woche 1.25 Mk., bei einer vierköpfigen Familie also wöchentlich etwa 5 Mk. Die Kartoffelpreise steigen ebenfalls, denn der Erzeugerhöhlpreis darf schon vom 15. Dezember d. J. an 10 Mk. betragen, zu diesem Preise kommt vom 1. Januar an durch die reichsgesetzliche Bestimmung von Lieferungsprämien noch ein Preiszuschlag von 2.50 Mk. auf den Zentner. Was das für die Arbeiterfamilien bedeutet, die durch die Sabotagepolitik der Agrarier nicht in der Lage waren, sich im Oktober und November mit Kartoffeln zu versehen, bedarf hier keiner weiteren Auseinandersetzung. Eine weitere Verteuerung eines der wichtigsten Lebensmittels, des Zuckers, tritt ebenfalls ein. Der Zentner soll um 25 Mk. im Preise erhöht werden. Dieser enorme Zuschlag wird zunächst dem Fabrikanten gewährt, wie sich die Erhöhung beim Einzelverkauf stellt, werden wir erst noch erfahren. Jetzt ist die Bevölkerung schon gezwungen, „Auslandszucker“, das Pfund zu 4.10 Mark zu kaufen. Für das nächste Jahr ist aber wieder eine Preis-erhöhung für Rohzucker von 150 Mk. für den Zentner in Aussicht genommen. Diese Erhöhung wird damit gerechtfertigt, daß ein Fonds angeammelt werden soll, aus dem die Fabrikanten für Rohzucker und die Zuckerrübenbauern für die besonderen Kosten dieses Jahres entschädigt werden sollen.

In diesen Preisaufschlägen für die notwendigsten Nahrungsmittel kommt nun noch die Mitteilung von bedeutenden Kohlenpreiserhöhungen. Aber nicht nur eine Erhöhung der Kohlenpreise tritt ein, was die arbeitende Bevölkerung ohnehin schwer belastet, sondern es kommt auch die Nachricht, daß es mit der Kohlenzuföhr sehr stillum bestellt sei. Es wird auch schon die Stilllegung großer Werke im Westen gemeldet, was eine Verneuerung der Arbeitslosigkeit und damit eine Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Lage notwendig mit sich bringen muß. Die städtischen Gasanstalten erhöhen nicht nur infolge der gestiegenen Kohlenpreise die Gaspreise, sie müssen auch eine weitere Einschränkung des Gasverbrauches mitteilen.

Ueber die augenblicklich verschärfte Lage auf dem Kohlengebiet unterrichtet die Mitteilung, der Reichskohlenkommissar sei von seinem Amte zurückgetreten. In der letzten Zeit sind besonders gegen ihn die heftigsten Angriffe sowohl aus den Kreisen der Industrie als auch der Stadtverwaltungen erfolgt. Man hat ihn vorgeworfen, daß er an der Kohlenkatastrophe in der Hauptsache die Schuld trage. Wie weit diese Angriffe berechtigt sind, läßt sich natürlich nicht ohne weiteres feststellen; sicher aber ist, daß die Angriffe gegen ihn immer heftiger wurden und in der zunehmenden Kohlenkrise eine Stütze fanden.

Alle diese Meldungen zeigen, daß die Reichsregierung mit ihrer Wirtschaftspolitik am Ende des Lateins angelangt ist. Das Wirtschaftsleben kommt nach und nach zum Erliegen. Die Bevölkerung kann sich nicht mehr ernähren, weil sie die ungeheuren Lebensmittelpreise nicht erschwingen kann; die Arbeitslosigkeit nimmt zu und die Regierung samt die sie stützenden Parteien machen nicht den geringsten Versuch, eine völlige Schwenkung in dieser verkehrten Politik einzutreten zu lassen. Die Arbeiterchaft ist nicht nur der Not, sie ist auch der Reaktion ausgeliefert. Bürgerkrieg und Agrarier sind organisiert und bewaffnet. Ein Soldatenheer ist gegen die Revolution geschaffen worden. Diese Aufgabe zu erfüllen, hat die Regierung als ihre vornehmste im verfloffenen Jahre betrachtet und sie ist ihr auch gelungen. Dafür hat sie aber auch, wie das alte Regime Deutschland militärisch und politisch an den Abgrund gebracht hat, das neue Deutschland in einem Jahre wirtschaftlich vollends ruiniert. So steht sie nun vor einem großen Scherbenhaufen.

Alle Versuche, die Regierung von ihrer verderblichen Politik abzubringen, waren erfolglos. In völliger Verblendung hat sie ihre eigenen Warner an die Luft geblasen, wie den früheren Wirtschaftsminister Wöhl, der wenigstens noch den Versuch machte

wollte, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Man mag zu seinen Wirtschaftsplänen stehen wie man will, doch eine oder zwei man ihm zugeföhren, daß er wenigstens den Plan hatte, die Wirtschaft wieder in Gang bringen zu wollen. Die Ober-Scheidemann-Baureiche Regierung warferte weiter. Sie bewilligte den Marxisten eine Fortsetzung um die andre, mochte die Masse des Volkes unter den Föhren zusammenschreiben, was Nummerie hat; sie bewilligte den Kapitalgebern, was sie verlangten; eine Lebensmittelfürsorge löste die andre ab. Die marxistischen Beamten und Angehörten wurden mit Tensurungsgelagen und Beschaffungsbeföhren abgefunden. Freilich waren sie nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, weil, ehe sie ausgeföhrt waren, schon wieder neue Tensurungen eingesetzt waren. Die Bundesstaaten und Gemeinden mußten ihren Angehörten und Beamten, gleiche Zulagen gewöhren, wodurch Staats- und Gemeindefinanzen immer mehr zerstückelt wurden.

Ob die Bevölkerung ist es ein glücklicher Trost, daß nun gemeinet wird, der Kohlenkommissar tritt zurück. Richtiger wäre es, wenn die Hauptschuldigen, die diese Zustände mit herbeigeföhrt haben, endlich einsehen wollten, daß sie zu verschwinden hätten. Kohlennot wie Nahrungsnot sind nicht etwa nur eine Folge der Knappheit, sondern der mangelhaften Organisation. Und daran, eine solche Organisation zu schaffen, hat es die Regierung fehlen lassen. Die Marxisten, die im verflochtenen Jahre gefördert worden sind, hätten bei planmäßiger Verwendung zugereicht, um den Verkehr wieder in Gang zu bringen, sie hätten für den Ausdruß wie für die notwendigen Industriebetriebe völlig ausgerichtet, so daß das Wirtschaftswesen nicht zurück, sondern vorwärts gedröhrt werden konnte. Ueber die Zustände, die auf den Kohlenwerken herrschen, wird wohl bald einmal Aufklärung geschaffen werden. Es wird sich dann herausstellen, daß dort zum Nachteile der Bevölkerung ähnliche Schiedungen gemacht worden sind, wie auf dem Lebensmittelfeld, und daß die Korruption auch dort eine ziemliche Ausdehnung genommen hat. Wenn einst die Rede davon verlanget werden, wo denn die gesöhrteten Kohlen alle hingekommen sind, dann wird sich herausstellen, daß die Korruption nicht etwa nur in der Staatsverwaltung, bei der Militärjustiz usw. grassiert, sondern eben auch den Bergwerken.

Die kommenden Wochen werden für die Bevölkerung eine schlimme Lebenszeit, denn auf die Regierung kann sie nicht rechnen. Zentrum und Sozialisten: verdröhnten schon grundsätzliche Wenderungen in der Politik, selbst wenn die sogenannten sozialdemokratischen Mitglieder in der Regierung eine solche Wenderung anstreben wollten. Wie die Wirtschaftskrise zu lösen ist, das weiß die Regierung selber nicht, sie wußte solange weiter, bis die Bevölkerung selber den Schlußpunkt setzt. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn die Regierung und die Regierungsparteien einer baldigen Wahl zur Nationalversammlung so stark abgeneigt sind, denn sie werden von der Bevölkerung eine Quittung erhalten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Der Leipziger Parteitag und die Parteipresse

II.

Unter Französischer Parteipresse, das Volkrecht, sagt über den Beschluß der Internationale und das Ergebnis des Parteitages folgendes:

Wir wollen uns aber dabei bewußt bleiben, daß wir unsern russischen Genossen durch unsern Anschluß noch keine direkte Hilfe in ihrer schweren Not zuteil werden lassen; wollen wir ihnen durch die Tat helfen, dann muß unsere ganze Kraft darauf konzentriert werden, durch umfängliche Aufklärungsarbeit in eigenen Lande und Auslandgehende Politik die Revolution in Deutschland vorwärtszutreiben und dadurch indirekt den Entschlößungsprozeß auch in den anderen Ländern im revolutionären Sinne durch unser Beispiel zu fördern und anzuregen. Damit allein können wir der Sache des internationalen Proletariats, fördern wir die immer vornehmlichere Rolle abtun, die es in der Weltrevolution spielt.

Wenden wir uns aber das gesamte Ergebnis des Parteitages zurück, so können wir davon nur in jeder Beziehung zufrieden sein. Er hat uns das Mittel gegeben, dessen wir in dem uns bevorstehenden Kampfe und doch großen Kämpfen bedürfen: Ein klarer, unabweisbarer Programm, das in seiner weitestgehenden Wirkung alle revolutionären Elemente zu sammeln geeignet ist, in internationaler Beziehung eine klare Marschroute, das Verbotnis zu einer wahren Internationale der Tat.

Der Kampf, unser Münchener Parteivorgang, führt über das Aktionsprogramm das Folgende aus:

Das Aktionsprogramm ist also eigentlich kein Programm für augenblickliche Aktionen, sondern eine theoretische Festlegung für die Art und Weise, wie das Proletariat die politische Macht erobert und sie im Sinne des Sozialismus auszuüben soll. Es sagt also, daß etwas, was vorerst nur eine historische Möglichkeit ist, eine historische Notwendigkeit sein soll. Die Schwäche des Aktionsprogramms ist also, daß es sich unter Aufstellung nach in mißverständliche Auslegung der marxistischen Lehren auf eine mögliche Entwicklungsrichtung theoretisch einstellt, ohne sagen zu können, daß die Dinge naturwuchsig so kommen müssen. Wir haben ja schon erlebt, wie die Dinge oft anders kommen, als man selbst bei dem Bewußtsein wissenschaftlicher Gewißheit letzten Endes doch nur glaubt.

Doch der Parteitag keine große Aufgabe, zu den augenblicklichen politischen Programmen zu nehmen, nicht erfüllt hat, empfindet das Münchener Parteivorgang als einen außerordentlichen Mangel. Es schreibt:

Wir wollen wissen, wie wir die Parlamente, die Gewerkschaften und die Räte anwenden müssen, um unsere Ziele zu erreichen. Sollen wir in den Parlamenten neben dem Parlament hinaus halten, oder sollen wir versuchen, für die Arbeiter Politik zu erreichen? Wir haben nicht gehört, wie unsere Partei die Ernährungsbedingungen des Kampfes will, wie sie sich unser Verhältnis zur Entente denkt, gerade jetzt in diesem kritischen Augenblick. Die Arbeiter können nicht auf den gewöhnlichen erlösenden Tag warten, sie brauchen heute Brot und Arbeit. Wir müssen wissen, wie wir mit der bewaffneten Reaktion des Landes, der Junker und der Militaristen fertig werden, denn die Aufhebung des Genossen Kurt Geyer ist doch ziemlich isoliert, was nach die Reaktion gar nicht berührt, und wir keine Interessen daran hätten, die Republik gegen den Ansturm der Reaktion zu vertheidigen, wie der Genosse Hilferding verlangte. Ueber alle diese Fragen ist nicht gesprochen worden, obwohl über sie am leichtesten Streitigkeiten zu erregen gewesen wäre, denn hier handelt es sich um Notwendigkeiten, die uns alle ohne Ausnahme angehen. Was kann, wenn die Entente den industriellen Teil von Deutschland besetzt und das gesamte Wirtschaftswesen verklümmert läßt? Auf diese Frage haben wir vom Parteitag keine Antwort bekommen und doch ist sie die brennendste des Tages.

Das Leipziger Parteivorgang hat, daß der Parteitag ganz Arbeit geleistet hat. Aber es hat sich auch sehr kritisches Recht gemacht und dabei gleichfalls den Weg, das die wichtigsten politischen Fragen nicht behandelt werden:

Die Situation, daß wir jede Stunde bereit sein müssen, die politische Macht zu ergreifen. Auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht befehlen wir uns jedes Mittels, jeder Möglichkeit, die wir uns bieten. Den Sozialdemokraten darüber wir mit berechtigten Mitteln kämpfen und dabei stets das Endziel im Auge, wie die

Räte. Für die Klarheit und Besonnenheit des Parteitages genügt es, daß der Antrag Brach, die parlamentarischen Mittel einstimmig abzulehnen, mit großer Mehrheit zu Fall kam. Kurios ist dabei, daß Brach, Geyer und Genossen, die den Parlamentarismus verachten, selbst das deutsche Parlament tieren. — Die ergänzenden Ausführungen Dümig zu demselben Thema offenbaren eine eventuelle Uebereinstimmung des Parteivertraters und des Vertreters des Rätebundes, dessen Grundzüge mit dem Aktionsprogramm unserer Partei vollkommen übereinstimmen. Dümig erklärte, daß es ihm und den Räteanhängern nicht einfallt, auf den Parlamentarismus zu verzichten. Und was die übrigen Redner, besonders Hilferding, zu der Programmfrage sagten, bewies, daß die Partei entschlossen ist, auf dem Boden der Wirklichkeit zu bleiben, daß sie aber auch von dem festen Willen besetzt ist, die Revolution weiterzuführen, die kapitalistische Wirtschaft auf dem kürzesten Wege in die sozialistische Wirtschaft umzuwandeln.

In ziemlich energischer Weise wendet sich das Blatt gegen einen bedingungslosen Anschluß an Moskau:

Nach Stoeckerschem Rat kritisch und vorbehaltlos ohne weiteres die dritte Internationale überzugehen, hätte für diese für eine wesentliche Bereicherung gebracht, die große aller unzufriedene Internationalen des Proletariats wäre indes nicht erreicht worden. Darüber sollten wir uns auf Klar sein, daß die neue Internationale nicht durch Kompromißformen für diese oder jene Richtung, durch Partei- oder Kongress-ähnliche Konstellationen werden kann, sondern sie kann nur ein Resultat der internationalen Wirklichkeit, der ökonomisch-politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern sein.

Die Leipziger Volkszeitung beurteilt den Parteitag also:

Schon bei der Verhandlung über diesen Gegenstand zeigte sich, daß die Auffassung von den Formen des politischen Kampfes, die von den Kreisen des sogenannten linken Flügels in der Partei propagiert wird, nicht sich hat durchsetzen können. Der Vorstoß, der von diesen Kreisen unternommen worden war zur Steigerung des Antiparlamentarismus und zu einer bestimmten Festlegung über den Begriff Diktatur des Proletariats ist in seinen Auswirkungen geblieben. Die parlamentarische Betätigung hat im Aktionsprogramm ihre Bedeutung voll beholten in dem Sinne, in dem sie von wirtschaftlichen Sozialdemokraten von jeher betrachtet worden ist: als Kampfmittel zur Aufstellung der Massen. Ein Antrag, der verlangte, daß im Aktionsprogramm unter der Erwähnung der „politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel“ das Wort parlamentarischen gestrichelt werde, wurde abgelehnt. Ebenso erging es den Anträgen, die in dem vom Märzpartei-tage beschlossenen Aktionsprogramm die Worte: „erzittelt die Diktatur des Proletariats, des Verrückten der großen Volksmehrheit“ ändern wollten in die Fassung: „erzittelt die Diktatur des Proletariats im Interesse der großen Volksmehrheit“. Die Diktatur des Proletariats ist im neuen Aktionsprogramm von Leipzig lediglich als die politische Herrschaft des Proletariats gekennzeichnet, das Aktionsprogramm verweist ausdrücklich „gewalttames Vorgehen einzelner Gruppen und Personen“. Um aber keinen Irrtum aufkommen zu lassen, müßten wir hier ausdrücklich bemerken, daß kein Mensch in der Partei den Begriff Diktatur des Proletariats etwa in der schematischen Weise eines auf Grund des Mehrheitsbeschlusses des gesamten Volkes herbeigeföhrteten Zustands auffaßt. Gen. Lebedour hatte da u. a. eine gute Formulierung gefunden, als er etwa sagte: „Wenn der historische Augenblick zur Übernahme der politischen Macht für uns gekommen ist, können wir nicht erst eine Abstimmung darüber herbeiföhren. Aber wir haben dann so zu handeln, daß die neue politische Herrschaft von der Mehrheit des Volkes getragen wird.“ — Wie auf der einen Seite der Parlamentarismus im Aktionsprogramm seine ihm gebührende Stellung gefunden hat, so auf der anderen Seite das Rätebündnis. Dieses ist die Herrschaftsorganisation des Proletariats, mittels deren es seine historische Aufgabe, Ueberwindung des Kapitalismus und Aufhebung der Klassen-gesellschaft, lösen wird. Das Rätebündnis ist ein Kampfmittel des Proletariats zur Ueberwindung seiner politischen Macht. Eine Ueber-schätzung des Rätebündnisses, etwa in dem Begriff eines Allheilmittels, findet im Aktionsprogramm keinen Boden.

Angeklärt dieser Situation kann man den Aufwand an Zeit, den der Parteitag für die Behandlung der Frage Internationale ersparen müßte, bedauern. Um so mehr, als für andre sehr wichtige und näherliegende Dinge keine Zeit mehr blieb. Zur gegenwärtigen politischen Lage hat der Parteitag nicht Stellung genommen, und sie ist doch wahrlich bedrohlich genug. Die über kurz oder lang doch kommenden Wahlen sind kaum erwähnt worden. Die Gestaltung der weltpolitischen Zusammenhänge in der Gegenwart und nächsten Zukunft hat kaum Beachtung gefunden. Eine Behandlung aller dieser Fragen konnte nicht mehr erfolgen, denn die Parteitage sind in ihrer Dauer aus persönlichen und wirtschaftlichen Gründen begrenzt. Es liegt daher kein Anseh vor, große Forderungen auf das Ergebnis des Parteitages zu legen, sondern bei der Selbstkritik, die eine ausführende politische Partei über sich und besonders über sich in dieser kritischen, gährenden Zeit, ist die ruhige, leidenschaftslose Betrachtung der Arbeit des Parteitages bringend erforderlich. Das Klassenbewußte Proletariat hat so gewaltige Aufgaben zu erfüllen, daß es sich nicht in selbstgeföhlichen Gemeinplätzen ergehen darf. Darum können wir, trotz aller Anerkennung für das Gute, das der Parteitag geleistet, bei der Betrachtung des Gesamtresultates nur die Jenur erteilen: Ungenügend!

Die Republik, das Parteivorgang, nimmt in ziemlich kritischer Weise zum Parteitag Stellung; es sagt über die Beschlüsse:

Weniger als je bedeuten die Beschlüsse dieses Parteitages einen Abbruch, mehr als je führen sie zu der Ueberzeugung, daß alle Dinge — auch in der Parteipolitik — sich im Sinne befinden. Verhältnisse aber, deren Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, die sich also noch ändern, erfordern fortwährend Aufmerksamkeit und Beobachtung. Und nicht nur das! Da nicht nur das Ziel der Revolution von den Verantwortlichen außer Acht gelassen, sondern wesentlich auch die Beschlüsse von der Reaktion beeinflusst werden, ist es notwendig, in den Gang der Entwicklung bestimmend einzugreifen. Nicht ein finale sind also die Diskussionen dieses Parteitages, im Gegenteil: nunmehr stehen die Fragen, die ihn beschäftigten, erst recht zur Erörterung.

Ueber die Verhandlungen selbst sagt sie:

Das geschah in der Frage der Internationale durch die Gruppe Geyer-Stoecker-Koenen-Brach. Auf die dem Parteitag vorgelegte Resolution Stoecker wurde, ehe sie noch zur Verhandlung stand, bereits mehr als die Hälfte der Delegierten unabweislich persöhnlich. Es ist dabei gleichgültig, ob bei dieser Unterschriften-sammlung mit solchen Mitteln gearbeitet worden ist. Sie ist an sich kein eigentlicher Zweck des Parteitages, durch Aussprache zur Klärung zu kommen, zuwider.

Anfolge dieser Art Mehrheitsbildung kam es zu unerquicklichen Verhandlungen in Konventikeln unter Ausschluß der Öffentlichkeit: sie haben selber gerade auf dem Leipziger Parteitag einen nie dagewesenen Umfang angenommen müßte doch ihre Wirkung der Partei-tage einen ganzen Tag lang auf jede Plenarverhandlung verdröhnen. Diese nichtöffentlichen Besprechungen haben nicht etwa zu größerer Klarheit in der zu entscheidenden Frage geführt, sie bestanden nur darin, daß im Interesse der Parteieinheit die eine Gruppe mit der anderen um Konzessionen handelte und fechtete. Es war kein erhebendes Bild, das darin gezeichnet wurde. Es wäre wichtiger gewesen, solche Verhandlungen nicht zu pflegen, sondern in aller Öffentlichkeit die Differenzen auszusprechen und dann einfach festzustellen, welcher Auffassung sich die Mehrheit der Delegierten aneignete. Dann wäre wirkliche Klarheit geschaffen worden.

Ueber die unerquicklichen Erörterungen auf dem Parteitag sagt die Republik:

An dieser Zufallszeit und auch an gewissen andern Gelegenheiten der „linken“. Seite müßten erhebliche Zweifel entstehen durch die während des Parteitages immer wieder gemachte Beobachtung, daß zwischen dem Genossen Kurt Geyer und dem Leiter der

Jenikale der A. P. T. Geyer, sowie dem Kommunistenführer Friedrich Besprechungen stattfanden, die durch den als Pressevertreter amföhrenden, angeklagt untre Partei angehörenden Literaten Wilhelm Herzog vermittelt wurden. Es entstand der Uble Eindruck, daß das Verhalten der Richtung Geyer zum Teil bestimmt werde durch Spekulationen auf Wiedervereinigung der A. P. T. mit dem rechten Flügel der A. P. T.

Auch die Genossen des sächsischen sogenannten rechten Flügels der A. P. T. hätten sich nicht gegen den Ansturm der A. P. T. Kommunisten an unsere Partei einzunehmen. Die Art und Weise aber, wie deren Ansichten erörtert und diesen dann Klärung getragen wurde, führt nicht zu dem Ziel der erstrebenswerten Vereinigung, sondern eher zu der Gefahr der Unterwerfung der A. P. T. unter die A. P. T. Und davon darf unter keinen Umständen die Rede sein.

Neues Beweismaterial für die Schuldberks

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drohmeldung der P. O.) Die Mitteilungen Dehmes über die Vorgänge bei der Schloßkammerade vor einem Jahre werden vom Genossen Wilhelm Dittmann zum Anseh angenommen, noch einmal darzutun, daß der von den rechtssozialistischen Volksbeauftragten dem Kriegsminister Scheuch erteilte Befehl nicht dahin gegangen sein könnte, nur alles notwendige zur Befreiung des gefangenen Wels zu unternehmen. Dittmann schreibt: Am Morgen nach unserm Austritt aus der Regierung traf ich Landberg, Baake und Scheuch und hörte im Vorbeigehen, wie letzterer sich energisch verbat, daß sein Name im Zusammenhang mit dem Vorgang genannt werde. Ich mutmaßte sofort, daß diese Äußerung sich auf die Darstellung bezog, die Geyer vor dem Zentralrat über den an Scheuch erteilten Befehl gemacht hatte. Beim Verlassen des Hauses traf ich zufällig mit Scheuch zusammen und er sagte mir, daß er soeben sein Amt als Kriegsminister niedergelegt habe. Als ich ihm erwiderte, er habe sich einen schlechten Abgang gewünscht und sein militärisches Renommee gefährdet, wenn es richtig sei, daß er, um einen Mann zu befreien, das Gebäude, in dem dieser sich befand, mit Kanonen habe beschießen lassen, entgegnete Scheuch mir erregt: Ich habe dagegen schon protestiert. Einen solchen unsinnigen Befehl habe ich nicht erhalten und habe auch keinen solchen gegeben.

Darauf schloste ich ein: Das habe ich mir ja auch gedacht. Ihr Auftrag war, mit allen militärischen Mitteln den Widerstand der Matrosen zu brechen und sie zur Uebergabe zu zwingen, nicht wahr? Scheuch erwiderte darauf: Jawohl, so war es! Offenbar empfand ihn die Uble, daß Geyer und Genossen ihm als Ländchen hinzustellen versuchten, um die eigene Schuld zu verdecken.

Die revolutionäre Krise in Spanien.

Nach Berichten französischer Parteivorgänge verdröhnt sich die innere Krise in Spanien von Tag zu Tag. Die Masse des spanischen Proletariats, die bisher zum großen Teile politisch völlig indifferent war, erfaßt immer mehr das Wesen des revolutionären Kampfes. Aufstämme und aufstämme haben die gewaltigen revolutionären Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa gewirkt, den eigentlichen Kustah zu der letzten Krise aber haben die spanischen Kapitalisten selber gegeben. Jede Forderung der arbeitenden Klasse erklären ihnen als ein unerhörter Eingriff in ihren Profit, den der Krieg ihnen überreichlich bekehrt.

Als es daher im Herbst dieses Jahres zu starken Lohnstreiks, Kettten und in ihrer Folge zu zahlreichen Streiks kam, hielten es die spanischen Unternehmer für weit unter ihrer Würde den Streikenden Konzessionen zu machen, ihre Antwort war vielmehr der bekannte Beschluß des sich über ganz Spanien erstreckenden Unternehmervereins, die gesamte Arbeiterkraft auszusperrten.

Jetzt müßten die spanischen Unternehmertreife diesen Beschluß wohl ganz zurücknehmen, denn er hat gerade das Gegenteil des erhofften Erfolges erzielt. Er hat dem spanischen Proletariat die Augen geöffnet über das Wesen des Kapitalismus, er hat es revolutioniert und ihm die unabweisbare Notwendigkeit des einmütigen Klassenkampfes offenbart. Heute steht fast das ganze innere Leben Spaniens still. Streik folgt auf Streik, Aufstand auf Aufstand. Eine gewaltige Empörung hat die Masse gepackt.

Der Ausgang der Krise ist ganz ungewiß und kann von hieraus nur sehr schwer beurteilt werden, da uns eine direkte Verbindung mit Spanien noch fehlt. Doch wenn sich auch heute noch nicht alle Erwartungen des spanischen Proletariats erfüllen sollten, so hat die Krise auf jeden Fall das revolutionäre, das Klassenbewußtsein unserer Brüder auf der pyrenäischen Halbinsel gewaltig verstärkt. Und das allein ist schon ein großer Gewinn.

Die Bilanz des Weltkrieges.

Die Carnegie-Stiftung für den internationalen Frieden hat in Washington einen Bericht über die gesamten direkten und indirekten Verluste herausgegeben, die die Welt durch den Krieg erlitten hat. In nachden Zahlen betragen diese Verluste 12 000 571 Tote und 391 612 542 560 Dollar Geldwert.

Die Ausgaben der am Krieg beteiligten Länder beziffern sich auf 188 Milliarden Dollar, die indirekten Ausgaben belaufen sich auf 131 612 542 560 Dollar. In dieser Zahl sind die den Neutralen verursachten Schäden enthalten, die auf 1 750 000 000 Dollar geschätzt werden, sowie das Produktionsdefizit mit 45 Milliarden Dollar und die im Laufe des Krieges verteilten Unterstüßungen mit einer Milliarde Dollar.

Das Verder der Soldaten ist ebenfalls in Geldwert umgerechnet und unter die indirekten Ausgaben aufgenommen worden mit 88 381 266 950 Dollar. Die Eigentumsverluste verteilten sich folgendermaßen: Verluste auf der Erde: 20 000 000 000 Dollar, Verluste im Meer: 8 800 000 000 Dollar — das sind die versenkten und andern gehörenden Schiffe und ihre Frachten.

Der Bericht ist von dem Professor der Nationalökonomie, E. D. Hoagart, von der Universität Illinois verfaßt. — Die Zahl der Toten, deren Identität nachgewiesen wurde, ist mit 8 008 771 angenommen, die der Vermissten, von denen man annimmt, daß sie tot sind, mit 2 991 800. Nicht berechnet wurde die Zahl derer, die an epidemischen Krankheiten, am Hunger, an physischer Erschöpfung, an Hunger und durch den Krieg, zugrunde gegangen sind. Diese Zahl läßt sich nicht feststellen, da sich nicht in jedem einzelnen Fall nachweisen läßt, ob der Krieg die indirekte Todesursache war. Zweifellos ist aber auch diese Zahl noch sehr hoch und unsere Nachkommen wird ein Grauen überfallen, wenn sie diese nackten Ziffern lesen und versuchen, den Sinn dieses Krieges zu ergreifen.

Deutschland.

Wird Deutschland Oesterreichs Schicksal teilen? Ein Vertreter des Amsterdamer Handelsblattes hat eine Unterredung mit Dr. Schöcher von der deutschen Gesandtschaft gehabt. Dabei hat Dr. Schöcher zum Ausdruck gebracht, daß man nach seiner

14. Verbandstag der Glaser.

k. Erfurt, 8. Dezember 1919.

Der Zentralverband der Glaser hielt vom 7. Dezember bis 9. Dezember in Erfurt seine 14. Generalversammlung ab. Es nahmen an ihr 31 Delegierte teil...

In einer langen Aussprache wurde die Tätigkeit der Verwaltungen sachlich, aber scharf kritisiert. Unter der Führung der Berliner und Leipziger Kollegen gingen die Redner mit dem Verbandsvorstand, mit der Schreiberliste des Glaser, besonders aber mit der Haltung der Generalkommission scharf ins Gericht...

Eichhorn verteidigte sich im Schlusswort lebhaft gegen die Angriffe. Er verwies auf die Schwierigkeit der Kriegsjahre: auch er, als einer der 40 Jahre Parteimitglied sei, wisse, was der Arbeiterschaft fröme...

Mit 18 gegen 12 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen wird folgende Resolution angenommen: Die 14. Generalversammlung der Glaser Deutschlands ist mit der Tätigkeit des Hauptvorstandes während des Krieges, die immer nur das Durchhalten und Aushalten präbige und mit der Generalkommission durch die und hinstieg...

Am zweiten Verhandlungstage referierte Vorsitzender Eichhorn über: Das Rätelssystem. Er zeigte den Delegierten zunächst, wie die Revolution wirtschaftlich vollkommen verlaufen wäre, wenn die Arbeiterschaft nicht sozialistisch genug gefühlt wäre...

Hierauf sprach Fein in Weimar über den Schutz der Glaser auf Hausen. Das Referat kam in einem Abwechslungsreichen Verlauf vor. Der Verbandstag erklärte sich wieder scharf dagegen, Verhandlungen mit Eichhorn hielt im Anschluss daran einen Vortrag über den Reichsstarif...

Nach einem Referat von Müller-Hamburg über das Lehrlingswesen wurde die Statutenberatung vorgenommen. Der Verbandstag erhöhte die Beiträge von 80 Pf. auf 120 Pf. monatlich...

Ueber die Verschmelzungsfrage soll 1922 vor dem Verbandstag eine Urabstimmung vorgenommen werden, wobei die einfache Mehrheit entscheiden soll. Die Rechte des Verbandsrates wurden erweitert.

Der nächste Verbandstag findet 1922 in Halle statt.

Gewerkschaftsbewegung.

Gegen den Achtstundentag in Krankenhäusern.

Die Krankenpflege hat aus dem Mittelalter her einen starken Stolz ins Recht. Auch in den weissen (nächtlichen oder sonntäglichen) Krankenhäusern hault neben dem Arzt noch der Pfleger und die zahllosen Bediensteten an. Schmelzer. Die Welt der dieser Krankheitsleidenden Bevölkerung ist eine Welt der Abhängigkeit...

Die Revolution hat hierin erhebliche Wandel geschaffen, zunächst insofern, als sie den Achtstundentag festlegte. Und die gewerkschaftliche Organisation bestrebt die erdärmlichen Löhne aus und sorgte für sonstige Verbesserung im Arbeitsverhältnis. Was doch alles eigentlich nur den so oft betonen Urinstinkt der „Arbeitsleidenden“ anspricht...

nötig wird, während gleichzeitig eine unentgeltliche Erhaltung der Betriebskosten eintritt. Al! — Siehe wohl! — Wenn dem Pfaffen in der Seele weh tut, so der „Arztliche Seite“ der Reuesten Nachrichten im Geldbeutel...

Zwar sehen es viele Pflegepersonen sehr wohl ein, daß sich in den genannten Umständen die Zeit von acht Stunden insbesonders bei besonderen Umständen nicht abzurufen läßt. Sie werden daher freiwillig darüber hinaus arbeiten, falls sich kein Denunziant findet, und erkennen damit an, daß das Verbot, welches zu tun, eine verwerfliche Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Pflegepersonen ist.

Da ich mal einer den wackeren Kämpfer für Freiheit, Recht und Selbstbestimmung. Vielleicht richtet er in seiner Klinik oder wo er sonst hant, schleunigst einen Betriebsrat ein und überträgt ihm alle Verwaltungsfunktionen. Oder ist dieses Selbstbestimmungsrecht nur zu verstehen als das Recht auf längere Arbeitszeit, weniger Lohn, längere Kost, schlechtere Behandlung usw.?

Aber die ganze Sorge schwebt gleichzeitig um Sie: es könnte ein „Denunziant“ unter dem Personal sein, der auf den Achtstundentag achtet, den das Gesetz vorschreibt. Dabei ist gewiss an einen U. S. P.-Mann, eine gewerkschaftlich organisierte Krankenpflegerin oder dergleichen denken. Nun, diese Sorge ist kein Sonderfall für Sie, sie tritt an den Bergen all der Unternehmern, die gewillt sind, die Arbeiterkategorie zu überleben. Wir können Ihnen aber auch gleich ein Gegenstück angeben. Es heißt: Verständigung mit dem Personal auf der Grundlage, die Sie selbst zur Hälfte anerkannt haben.

Denn Selbstbestimmungsrecht, für das Sie schwören, führt zum Mitbestimmungsrecht im Betriebe. Auf diesem Wege werden, da das Pflegepersonal ganz gewiss verständlicher ist als Sie annehmen, sich auch solche Kronen schnell reineln lassen, wie sie gerade in Krankenhäusern und Kliniken oft austauschen; Mitarbeiter bei Neuaufnahmen Schwerkranke oder bei Unglücksfällen, Personellen, wie Sie in Ihrer Zuschrift an das Mädchen für alle am Peterssteinweg erkennen, daß „Pflegepersonen berechtigt oder gar notwendig sind, mitten aus der zur Disposition notwendigen Tätigkeit herauszulassen“, sind — gehalten Sie — Stuß. Wir möchten den Pfleger oder die Pflegerin sehen, die das tut. Das auch in der Zuschrift geschwätzte Organisation des Krankenhauspersonals, der Gemeinde- und Staatsarbeiterverbände, würde schonungslos dafür sorgen, daß solche Elemente schnellstens die Anstaltskassen von brauchen schloßen und den Beruf verlassen müßten.

Wenn also die „Arztliche Seite“ der S. N. N. ihre Zuschrift schreibt: „Die Kerate sollten daher möglichst bald Schritte unternehmen, damit der Achtstundentag durch Aenderung des Gesetzes aus dem Betriebe der oben genannten Anstalten fortfällt“, so beunruhigt sie damit — was übrigens bei einem Kritiker der S. N. N. selbstverständlich ist — leblich ihre reaktionäre Weichheit, das salbadernde die Krone um Himmel verdrängt und Gott den Herrn bittet, die Nöte der Erde abzumenden und schließlich alles tut, die praktische Abwehr dieser Erbärmnisse zu verhindern. Das Krankenhauspersonal aber wird umso mehr bestrebt sein, sich gewerkschaftlich aufzumenschlichen, um endlich menschenwürdige Arbeitsverhältnisse zu bekommen.

Eine hübsche Charakteristik ihrer selbst nicht die „Arztliche Seite“ der S. N. N. noch dadurch, daß sie von dem Anstaltlichen des Gemeindearbeiterverbandes in Leipzig: Genossen Diach, sagt, er helfe für jedes neue Mittel, das er für den Verband wird, zwei Mark bewilligt. Woburn hat der Herr Doktor wohl erklären will, daß „Herr Diach das Personal der genannten Anstalten ungenügend zu machen“ versucht. Welche dumme Unterstellung sich nur daraus ableiten läßt, daß der Kerne seit Jahren, Febr. der S. N. N. ist.

Für Lohnbewegung der Leipziger Müller.

Der beachtlichste Müllerkreis zu den Weihnachtstagen wurde durch abermalige Verhandlungen der Vereinstorhände der Sozial- und Konsumlokalhaber Leipzigs und der Amtshauptmannschaft einerseits und des Deutschen Müllerverbandes, Ortsgruppe Leipzig, andererseits in letzter Stunde beigelegt. Die Sozialhändler haben sich vertraglich verpflichtet, den Schlichterspruch des Sonderlichthausausschusses vom 22. November 1919 (S. N. N. den neuen Tarif) so lange anzuerkennen, bis eine verbindliche Erklärung des Reichsarbeitsministers oder eine anderweitige Regelung mit gegenseitigem Einverständnis erfolgt. Eine Vertiefung der Kapellen ist nur in Ausnahmefällen, wo besondere Gründe dies erfordern, mit Zustimmung beider Vertragsparteien zulässig.

Durch die Presse bereiten die Sozialhändlervereine das Publikum auf weitere Preisverhöhungen vor, indem sie u. a. die Forderungen der Müller von August und die gegenwärtigen als Ursache bezeichnen. Das muß in der Öffentlichkeit den Anschein erwecken, als hätten die Müller vor vier Monaten und heute abermal Forderungen gestellt. Das ist unrichtig. Richtig hingegen ist, daß die jetzigen Forderungen bereits im August gestellt und gegenwärtig nicht einmal voll erreicht wurden. Die damaligen Forderungen bildeten lediglich einen Übergangssatz unter Zustimmung späteren Ausgleichs.

Deutscher Müllerverband, Ortsverwaltung Leipzig.

Von Rah und Fern.

Verlängerte Torpedoboote. Berlins Torpedoboote. Drei Torpedoboote wurden ins Packeis geritten und zerstört. Die Mannschaft wurde gerettet.

Entführungen Zuchthäuser.

Auf der Fahrt von Oberfeld nach Werl überfielen und festsetzten 80 Zuchthändler das Aufsichtspersonal, zogen die Notbremse und unterlegten dem Zugpersonal die Weilerfahrt. Beim Abspringen gerieten zwei Weiler unter die Räder und wurden getötet, die meisten anderen konnten später wieder eingekerkert werden.

Das Hochwasser im Rheingebiet.

Starke Schneefälle und Tauwetter in der Schweiz haben in den letzten Tagen die Hochwasser Gefahr im Rheingebiet gesteigert. Es liegen folgende neue Meldungen vor:

Bonn, 27. Dezember. Der in den letzten 24 Stunden um 1 1/2 Meter gestiegene Rhein überflutet seit heute vorwiegend die Uferstrichen in Bonn und Stuel. Stellenweise fließt das Wasser furchen über den Bürgersteigen. Auch in Rhen ist der Rhein in den letzten Tagen stark gestiegen. Er überflutet bereits an einzelnen Stellen die Weilerstrichen, so daß die Sicherungsarbeiten gegen Hochwasser in Angriff genommen wurden.

Köln, 27. Dezember. Der Rhein hatte gestern mittag einen Pegelstand von 6,5 Meter. Der Schiffsverkehr ist eingestellt. Die Rheinanlagen auf beiden Ufern sind teilweise überflutet. Die Mole ist ebenfalls stark gestiegen. Die bisherigen Werke mußten geschlossen werden.

Eine letzte Meldung aus Eitrigart berichtet: Am Abend trat ein leichter Rückgang des Neckarhochwassers ein. Die Niederflüsse haben aufgehört.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Dittler in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Friedrich Wille, Borsdorf-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Klienemannsche, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Anteil sowohl in Deutschland wie außerhalb Deutschlands. Die Entwicklung der Dinge in Zentraluropa viel zu optimistisch betrachtet. Er hoffte, daß Deutschland in der Nachkriegszeit, falls nicht die einen künftigen Schicksal entgegengeht wie Österreich, falls nicht die andere Notregeln getroffen werden. Wenn es in Deutschland zur Hungertod kommt, würden die Spartakisten ihr Haupt wieder erheben und dann würde eine Katastrophe eintreten. Sämtliche Bedingungen für eine schnelle Wiedergeburt Deutschlands seien vorhanden, aber sie werden sich in das Gegenteil entwickeln, falls nicht schon jetzt die Möglichkeit getroffen würde, Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen.

Wenn Deutschland einem ähnlichen Schicksal wie Österreich entgegenreißt, so trägt daran die von der Reichsregierung betriebene verhängnisvolle Wirtschaftspolitik die Hauptschuld. Wenn wir auch nicht, wie Dr. Schuler, an die „schnelle Wiedergeburt“ Deutschlands glauben, weil die Wunden, die der Krieg der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Volkskraft geschlagen hat, zu fürchterlich sind, so haben wir doch die Ueberzeugung, daß bei einem energischen Vorgehen gegen die wirklichen Saboteure der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion Deutschland sehr wohl vor dem Schicksal Deutsch-Österreichs bewahrt werden könnte. Mit den bisher angewandten Mitteln freilich, die alle auf einen Wiederaufbau und die Achtung des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinauslaufen, kommt man von Tag zu Tag mit Riesenschritten dem vollständigen Ruin näher. Scheitertes Gland, Hungertod und Massensterben wie in Österreich müssen die Folgen der verhängnisvollen Wirtschaftspolitik sein, die Regierung und Mehrheitsparteien in Deutschland treiben. Vom deutschen Volke selbst hängt es ab, ob es sich eine derartige verhängnisvolle Politik weiter geschehen lassen und sich damit in den Abgrund stürzen lassen will oder nicht.

Die Entente muß helfen.

Das Wollische Bureau verleiht die folgende Meldung: Die nunmehr feststehende, hat die belgische Besatzungsbehörde die Befähigung des kommunikativen Regierungspräsidenten Justizrats Bando als Regierungspräsident in Düsseldorf mit der Begründung verweigert, daß er der Düsseldorf Bevölkerung ungewünscht sei. Von ausländischer Seite wird hierzu bemerkt: Hiermit bestätigt sich leider die schon vor dem offiziellen Einreiten der Besatzungsbehörde gemachte Beobachtung, daß sich gewisse deutsche Kreise, denen die Ernennung des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten unangenehm war, mit der fremden Besatzungsbehörde ins Einzelne gehen geschäft haben, um auf dem Umwege über die Ernennung Bando zu hindern zu lassen.

Die politischen Schieber, die hier am Werke gewesen sind, sind in jenen rechtsstehenden Kreisen zu suchen, die sich sonst nicht genau über die U. S. V. einlassen können. weil diese angeblich der Entente Hilfe leisten. Wie der vorstehende Fall erneut beweist, sind es gerade jene Herrschaften, die die Entente um Hilfe anbeteln, wenn sie anders ihre reaktionären Pläne und Absichten nicht verwirklichen können.

Erweiterung der Amnestie für Fahnenflüchtige.

Auf eine kleine Anfrage des Genossen Düwelle teilte die S. N. N. mit: Die gegen Angehörige des ehemaligen Reichswehr eingeleiteten „Verfahren wegen Fahnenflucht“ sind keinesfalls Willkürakte. Diese Verfahren haben sich zwangsläufig ergeben aus noch geltenden Gesetzen.

Der Herr Reichswehrminister hat die beschlossene Ausarbeitung einer Vorlage angeordnet, durch die die Amnestie auch auf die in Frage stehenden Delikte ausgedehnt wird. Er hat in den ihn erreichbaren Fällen angeordnet, daß die Erhebung der Anklage unterbleibe bzw. daß die bereits eingeleiteten Verfahren verjagt werden. In den Fällen, in denen bereits eine Verurteilung stattgefunden hatte, hat überall, wo der Gnadenweg angerufen wurde, ein Erlass der Strafe stattgefunden.

Die erwähnte Gesetzesvorlage dürfte im Februar verabschiedet werden.

Das Urteil im Mainzer Schieberprozeß.

lautete bei Hauptmann Geffre und Leinmont Dequenne auf Degradation und 15 bzw. 30 Monate Gefängnis. Ein Hauptmann wurde freigesprochen und ein anderer freier Leinmont, jetzt Soldat zweiter Klasse, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Von den angeklagten Zivilisten wurden zwei in Abwesenheit zu je fünf Jahren Gefängnis verurteilt, die übrigen Zivilisten zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren; außerdem wurde auf Geldbußen von 10 bis 6000 Frank erkannt.

Ueber Ausschreitungen von Franzosen wird aus Kronberg im Taunus berichtet. Danach sind dort am Weihnachtabend fünf anscheinend herumkriechende Franzosen in das zur Zeit unbesetzte Städtchen eingedrungen, belästigten in einem Wohnhaus den Wirt und die Gäste und verfolgten die Fliehenden mit der blanken Waffe. Nachdem eine Anzahl Zivilisten die Ruhestörer hinausgeworfen hatten, fand am 1. Weihnachtstfesttag fünf Kronberger Einwohner durch französische Offiziere verhaftet und gefesselt nach Rönigheim gebracht worden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Von der Dorpater Konferenz.

Kopenhagen, 28. Dezember. Verkündete Sitzung meldet aus Helsingfors: Die seitlichen Delegierten auf der Dorpater Konferenz fordern Zeitgallen und die Städte Welske, Lüd und Danaburg. Die bolschewistischen Delegierten erklären sich bereit, Zeitgallen teilweise an Letzland abzurufen, dagegen widersprechen sie sich der Absetzung der genannten drei Städte.

Russland im Sudan.

Nach einer Timesmeldung aus Kairo über eine Russlandsbewegung im südlichen Sudan hat der Entlastamin einen Vorpostenangriff gemacht. Bei den darauffolgenden Operationen wurden zwei englische Offiziere getötet; ferner sind große Verluste an Mannschaften zu verzeichnen.

Verzögerung des französischen Sozialistkongresses. Wie die ZLL aus Paris meldet, ist der nächste französische Sozialistkongress dessen Einberufung für den 25. Januar nach Straßburg beschlossen war, um einen Monat verschoben worden.

Clemenceau Präsident von Frankreich? Voriser Nachrichten besagen, daß nach der Stimmung, die in den Verhandlungen der französischen Kammer herrscht, die Wahl Clemenceaus zum Präsidenten der Republik festzustehen scheint. Da Clemenceau als Ministerpräsident am Tage nach der Wahl mit dem gesamten Kabinett beurlaubt wird, nimmt man an, daß Millerand Ministerpräsident wird, der auch die Absicht hat, das Ministerium des Kaufmanns zu übernehmen.

Wiedereinführung der Zensur in Ägypten. Das Ministerium des Innern in Kairo hat ägyptischen Zeitungsverlegern mitgeteilt, daß die Zensur wieder eingeführt würde und alle Artikel und Meldungen „aufwieglerischen Charakters“ unterlagi seien.

Eine zweite Friedenskonferenz. Zu den Verhandlungen, die in den ersten Januar Tagen in Paris eröffnet werden sollen, bemerkt Zeit Pariser, daß sehr wahrscheinlich eine zweite Friedenskonferenz aufkommen wird, deren Zweck die tatsächliche Erledigung einer Anzahl von Fragen, die von der ersten Konferenz offengelassen wurden — Friedensvertrag mit Ungarn und der Türkei sowie Adriafrage — sein werde.

80000 Kinder Oesterreichs sterben an Hunger und Kälte,

selbst wenn alle Hoffnungen, die Oesterreich auf die Hilfe Deutschlands und der Entente setzt, restlos erfüllt werden.

Das bedrückt die Erklärung des Oesterreichischen Amtes für Volksgesundheit. Immer dringender werden die Hilferufe, sie wecken Echo in den Herzen der Menschheit und überall regen sich die Hände um zu helfen.

In Deutschland bildete sich eine Landesorganisation, deren Aufruf alle führenden Männer Deutschlands unterzeichnet haben. Auch in Leipzig besteht seit einigen Tagen ein Lokalkomitee, dem die führenden Persönlichkeiten der Stadt angehören. — Schon hat Heidelberg bei einer Einwohnerzahl von 58000 Menschen 700 Freiplätze für Oesterreichs Hungerkinder bereitgestellt. Nur wenn das Beispiel weiteste Nachahmung findet, können die Kinder vor dem Hungertode errettet werden. Jede Stunde ist kostbar, denn jede Stunde kostet Hunderten das Leben. Der Hilferuf muß vor allem zu den Herzen der in Deutschland lebenden Oesterreicher dringen.

Die Liebe zur Heimat, die Liebe zu dem Volke, dem wir angehören, und vor allem heiligste Menschenpflicht gebietet uns, mit allen unsern Kräften helfend einzugreifen. Ungeheuer ist die Tragödie, die die Menschheit bedroht — gewaltig muß die Hilfe sein. Jeder von Euch gebe, was er irgend geben kann, jeder-mann bringe ein Opfer im edelsten Sinne des Wortes, jeder Unternehmer und jeder Arbeiter wenigstens den Verdienst eines einzigen Tages, keiner stehe zurück. Denkt an Eure eignen Kinder und schüzt die Kinder unsrer Volksgenossen vor dem Hungertode! Tut Eure Menschenpflicht um Eures Gewissens willen!

Spenden werden an unsern Schatzmeister: Herrn Ignaz Krieger, Dresdner Straße 36, II., erbeten. — Postcheckkonto Nr. 54017.

Oesterreich-Ungarischer Hilfsverein in Leipzig.
Brummer, Vorsitzender.

Wegen Papiermangel
müßte ein Teil der Inserate in der heutigen Nummer zurückgestellt werden.
Leipziger Volkszeitung (Inseraten-Abteilung).

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Beucha. Mittwoch, den 31. Dezember, von abends 6 Uhr an, **Silvester-Ball** in der **Reichshalle**, Beucha. Gaste willkommen. Wir laden die Mitglieder nebst Angehörigen hierzu freundlichst ein.
Der Vorstand.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands
Buchbinderbranche.
Dienstag, 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr
Versammlung im Pantheon

Tagesordnung:
1. Stand der Tarifberatung. 2. Die neue Steuerungsanlage.
3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Anwesendes Erscheinen wird erwartet. Vertrauensleute! Inserat anfallenden lassen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Kürschner-Verband
Sektion der Zurichter Leipzig u. Umgeg.
Dienstag, den 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im **Volkshaus** (Gelehrtenstr. 1).

Sektions-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Zurichter, Maschinenarbeiter und Kunstleder! Erscheint in Massen in dieser Versammlung. Die Sektionsleitung.

Achtung!
Steinarbeiter u. Marmorarbeiter
Freitag, den 1. Januar, abends 5 Uhr:
General-Versammlung
im **Volkshaus, Zimmer 9.**

Tagesordnung von großer Wichtigkeit. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Zahlreiches Erscheinen erforderlich.
Der Vorstand.

LINDENFELS
Karl-Heine-Straße 50. Telefon 18195/96.
Spielplan vom 25.—29. Dezember:
Die Vermummten
oder:
Der Klub der schwarzen Muske.
5 Akte voller Sensation und Spannung.
Der Mitternachts-Assessor
Eine lustige Geschichte in 3 Akten sowie der übrige Spielplan.
Jugend-Vorstellung.

WINTERGARTEN
Eisenbahnstraße 56. Telefon 18195/96.
Spielplan vom 25.—29. Dezember:
Der von vielen Tausenden erwartete Film:
Der Galeerensträfling
II. Teil:
Das Ende des Königs der Galeerensträflinge, genannt der große Dab.
Drama in 6 Akten.
Hauptrolle: **Paul Wegener.**

Der verliebte Weihnachtsmann.
(Lustspiel) und der übrige Spielplan.
Jugend-Vorstellung.

Gekretär gesucht!

Für unsere zirka 13000 Mitglieder zählende **Filiale des Deutschen Seglarbeiterverbandes, Plauen i. V.**, wird ein **fähiger Sekretär** gesucht.

Derfelbe muß in allen **Rechtsauskünften** firm und Mitglied der **U. S. P. D.** sein.
Untritt möglichst bald erwünscht. Gehalt nach Uebereinkunft, keinesfalls unter den Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse.
Bewerber wollen Gesuche unter Angabe ihrer **bisherigen Tätigkeit** und mit der Aufschrift „**Bewerbung**“ an den Unterzeichneten **bis 15. Januar 1920** einsenden.

Albert Sahn, Plauen i. V., Pauker Str. 95, II.
Auf 2719 und 2598.

Wichtig für Jedermann!

Mit Kapital oder Wertpapieren

— auch Krieganleihen —

die bei dieser Gelegenheit sofort zum vollen Nennwert käuflich übernommen werden, können sich wieder einige Damen oder Herren bei voller Sicherstellung und gutem, regelmäßigen, festen, monatlichen Einkommen an günstigen Warenein- und -Verkäufen bei eingeleiteter, handelsgerichtlich eingetragener Leipziger Firma kurz- oder langfristige, ohne jede Zäufigkeit, mit beteiligen. Prima Referenzen sowie strengste Disziplin auf Wunsch. Gest. sofortige Anfragen unter **T. A. 913** an **Invalidentank Leipzig** erbeten.

Zigaretten
Goldmundstück
Orientalischer goldgelber Tabak
250 Mark per 1000
Katharinenstr. 17.
Telefon 3918

Blumensäle

täglich abends 1/2 Uhr
Künstler-Kabarett
Sonntags 2 Vorstellungen 4 Uhr u. 8 Uhr

Tanz-Schule
Max Thiele, Schleußig
Schnorrstr. 10. Tel. 40706.
Neue
Tanz-Zirkel
beginnen am
12. Januar 1920 im
Schloß Lindentels, L.-Plagw.
und am
13. Januar 1920 in der
Göldnen Ave, L.-Sellerhaus.

U. recht baldige Anmeldung bitte! **Max Thiele**
Nr. **Privat- und Einzelunterricht** jederzeit.

Tanzschule
H. Hohmann
unter eigener Privat-Saal- und besserer Lehr-Säle.
Am **5. und 9. Januar**
Beginn d. 2. Winterzirkels.
Honorar mäß. Gewissenh. Musik. Geis. Anmeld. u. ein. Tam u. Herr. n. erbet.
Priv.-Wohy. Neust. Str. 19
v. 5-7 Uhr, ab 7-9 Uhr = Saal
Burgner Straße 37, sonst
Plagw, Siegelstr. 9, Saal.

Curt Weiz
Tanzlehrer, Leipzig, Molke-
straße 40, Salzstraße 79, im
Restaurant „Fest“ 40205.
Kurse von 10.— Mk. an.
Reservierung in einem Tage.

Preisw. Flaschenweine
aus erster Hand
sodort überallhin lieferbar.
R. Heinrich
Köln a. Rh., Ueberring 28.
Vertreter und Lager
K. Heinrich, L.-Pindenan
Rohmarktstraße 80

1/4, 1/2 u. Pfennig-Skat
sowie **Doppelkopf- und Strohmanspieler** finden jeden Tag v. 8 Uhr an **Eintritt** **Hübners Restaurant** Frankfurter Straße 34.

Zum Silvester-Grog
habe einige Flaschen guten **Arrak & Fische 29.— Mk.** **Rum & Fische 29.— Mk.** zu verkaufen. Leipzig-Gohlis, **Schleußiger Straße 14, III. r.**

Praktiziere wieder selbst
Dr. med. Krzych
Gundorfer Straße 5.

* Hotel *
Deutsches Haus
DEUTSCHES HAUS
BALL
Sonntags und Montags
FERNRUUF 35034, 11607

31. Dezember
die bekannte
Silvester-Feler

Für Silvester!
Sorbetta-Extrakt
zur Bereitung eines
ähnlichen Getränks
extra stark — alkoholfrei
1 Gl. 2.35, 1/2 Gl. 1.25
empfehlen **C. A. Engelhardt**
Querstraße 22 — Fernruf 359
Überall erhältlich!

Hochzeits-Zeitungen
druckt schnell, sauber, u. billig
Kurt Blau
Eisenbahnstraße 51.

Für die uns zu unserer
Hochzeit erwiesenen
Ehrungen sagen wir
herzlichsten Dank.
Borsdorf
Weihnachten 1919
Karl Klöpffer u. Frau
Martha geb. Kunze.

Klara Kunze
Paul Füssel
grüßen als Verlobte
Borsdorf — Altenbach
Weihnachten 1919.

Statt Karten
Kidre Hopfer
Willy Kauerhoff
Verlobte.
Stötteritz, Raudnitz
Weihnachten 1919.

Mariächen Keil
Walter Hofmann
grüßen als Verlobte.
Leipzig - Kleinschöcher
Weihnachten 1919.

Lydia Köthner
Alfred Liebig
Verlobte.
L.-Mookau, Weihn. 1919.

Seit 13. Dezember 1919 ist meine Tochter
Elfa Franke-Scharnhorst
geb. 11. 5. 04 zu Großschöcher-Windorf, spurlos
verschwunden. Größe 1,50, Statur schwächlich,
dunkle Haare, schwarze Augen. Kleidung: Rotes
Strickjäckel, blauer Faltenrock, rote Bluse mit
schwarzem Samtrand, schw. Strümpfe, neue schw.
Halbschürze. Vermutlich ist ihr ein Unfall zu-
gefallen oder sie ist entführt worden. Etwaige
Wahrnehmungen sind sofort an **Alb. Scharnhorst**,
Großschöcher-W., Michellstraße 12, oder an das
Polizeiamt daselbst zu richten.

Familien-Nachrichten
Anlässlich unserer **Silbernen Hochzeit** sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten für das
gebrachte Glückwünsche und Geschenke unsern herz-
lichen Dank.
Mitte, Weihnachten 1919.
Fr. Allmann und Frau.

Für die liebe Teilnahme bei dem Hinscheiden
meiner lieben Frau, unsrer lieben guten Mutter
Frau Anna Bube
geb. **Gleicher**
sagen wir allen Freunden und Bekannten unsern
herzlichsten Dank!
Leipzig, den 27. Dezember 1919.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Herzlichen Dank!
Allen Freunden und Bekannten für den schönen
Blumenschmuck bei dem Begräbnisse meiner lieben
Frau **Emma Grünert**.
L.-Pindenan, den 27. Dezember
Der trauernde Gatte nebst Kindern.

Am 19. Dezember verschied an dem schweren
Leiden, das er sich im Felde zugezogen hatte, im Re-
servelazarett I mein heißgeliebter Gatte, der stets
treuergebende Vater seiner beiden Söhne, unser lieber
Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegerohn und Onkel,
der Bierkutscher
Artur Lehmann.

Insbesondere danke ich dem Gesamtpersonal der
Kleinen-Bierbrauerei L.-Gohlis, dem Einheitsverbande
der Kriegsbekämpften Deutschlands, den Kameraden
der St. I. Auch spreche ich hierdurch allen lieben
Dauobewohnern, Freunden und Bekannten, die seinen
Sarg so reich mit Blumen schmückten, meinen herz-
lichsten Dank aus.
Wir ruhen dir, lieber Artur, ein Ruhe sanft nach.
Wie trägt ich das Leben so bitter und schwer,
Wenn ich mich sagen, du lebst nicht mehr.
L.-Gohlis, den 29. Dezember 1919.
Die trauernde Gattin
Ida Lehmann geb. Krause nebst Söhnen
und alten Hinterbliebenen.

Allen Verwandten und Freunden zur Nachricht, daß
unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Lina Löwel geb. Kern
in Ruffa am 13. Dezember verstorben ist.
Oskar Kern im Namen aller Hinterbliebenen.

Nach schwerem Leiden schlossen sich die lieben
trauernden Augen unserer über alles innigstgeliebten
trauernden Mutter
Wilhelmine Frenzel
geb. **Hartmann**
für immer. In unlagbarem Weh
Die trauernden Töchter
im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Trauerfeier mit anschließender Einäschung
findet Mittwoch 1 Uhr in der Kapelle des
Südfriedhofs statt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. Dezember.

Die Erhöhung des Brotpreises auf 54 Pfennige.

Vom 1. Januar ab wird der Preis für ein Pfund Brot in Leipzig auf 54 Pfennige betragen. Kurz und bündig wird den Kommunalverbänden von der Reichsgetreidekasse die ungeheuerliche Erhöhung des wichtigsten Volksernährungsmittels mitgeteilt.

Ob tatsächlich noch über 54 Pf. hinausgegangen werden muß, bedarf der gewissenhaften Prüfung, die nicht den Väterchen überlassen bleiben kann; denn für den Arbeiterhaushalt ist schon eine Pfennigdifferenz von Bedeutung.

Das Kündigungsrecht der Vermieter und die Schlußmietverordnung vom 9. Dezember 1919.

Das Kündigungsrecht der Vermieter unterliegt, wie aus der jüngst erschienenen Seite mitgeteilt wird, in zahlreichen Gemeinden der Einschränkung, daß das Mietverhältnis einer Kündigung zustimmen muß, falls sie eine Rechtswirkung haben soll.

Was die freie Arbeitervereinsarbeit einbringt.

Wohl noch schlimmer wie bei Daser und Stern zeigt sich die Mißwirtschaft auf dem Ledermarkt nach der Freigabe des Leders. Seit 3 Wochen sind wie unermittelt, die Lederpreise um 55 bis 120 Prozent für das Kilogramm gestiegen.

Kleine Chronik.

Leipziger Puppenspiele. Das bekannte Rollmannsche Puppen-Theaterunternehmen hatte während der Weihnachtsfeier die Jauerlinder Puppentheater gewonnen, der im Volkswohl mit seinen Tassenpielerleistungen und anderen ein empfindliches Publikum erzielte.

Der Verkehrsverein hat, wie er uns mitteilt, neuerdings wieder verschiedene Eingaben an das Reichsverkehrsministerium, das preussische Eisenbahnministerium, die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen und das Ministerium des Innern in Dresden abgegeben lassen, die sich alle auf bessere Verhältnisse in Leipzig bei dem Uebergang der Staatsbahnen auf das Reich beziehen.

Gegen den Mietwucher.

Nach der Reichsverordnung gegen den Wucher bei Vermietung von Mieträumen vom 31. Juli 1919 wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft, wer sich für den Nachweis oder die Vermittlung von Mieträumen von Mieter Vermögenswerten versprechen oder gewähren läßt, die einen von der Gemeindebehörde für Rechtsgeschäfte dieser Art schließlichen Satz übersteigen.

Schreibt keine Neujahrsglückwünsche!

Die großen Einschränkungen im Bahnverkehr haben auch eine harte Verminderung der zur Postübertragung bemaßbaren Eisenbahnzüge mit sich gebracht. Die Postverwaltung ist deshalb gar nicht in der Lage, einen Massenbriefverkehr wie er gewöhnlich zum Jahreswechsel einsetzt, mit den zu Gebote stehenden Mitteln innerhals weniger Tage ordnungsgemäß zu bewältigen.

„Prehfreiheit“ im „Freistaat“ Sachsen.

Wie wir hören, ist gegen die Leipziger Kommunisten Schuß an den 3. Finger ein Strafverfahren eingeleitet worden. Es ist ihnen zum Vorwurf gemacht, in Leipzig während des Belagerungszustandes von April bis Mai 1919 die „rote Fahne“ herausgegeben und in ihr verschiedene Klaffen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt, sowie zum Ungehorsam gegen Gesetz und Verordnungen aufgefordert zu haben.

herin die Herausgabe von Schriften ohne Rücksicht auf ihren Inhalt, und wenn sie doch für ihre Ansichten Propaganda machen, werden sie strafrechtlich verfolgt. Das ist die Pressefreiheit der Demokratie, die ebenfalls nur auf dem Papier steht.

Eisenbahnverkehr am Neujahrstage und am Hofneujahrstage. Am 1. Januar (Neujahr) bleibt der Personenverkehr gesperrt. Dagegen wird am 6. Januar (Hofneujahr) der volle Personenzugverkehr wie an Werktagen durchgeführt werden.

Aufhebung der Gewichtbeschränkungen im Gütergutverkehr der Eisenbahnen. Die Bestimmung, daß Sendungen Güter und beschleunigtes Güter, deren einzelne Stücke mehr als 100 Kilogramm wiegen, von der Annahme ausgeschlossen sind, wird vom 1. Januar 1920 an aufgehoben.

Die Diphtherie fordert alle Jahre in allen Städten ihre Opfer. Zur Zeit wütet sie in vielen Städten besonders stark. Ueber ihren Ursprung ist man sich heute noch nicht recht klar. Sicher ist jedenfalls, daß diese Krankheit, wie so viele, in den verschiedenen sozialen Lagen einer verschledenen Verlauf nimmt.

Ausleihenwucher. Eine Frau, die ihre Kosten beim Kostenhändler Albert Müller in Gohlis, GutsMuths-Strasse, angemeldet hat, wollte bei ihm einen Zentner Birkens kaufen.

Die Antwort. Wir werden um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht:

In Nr. 284 der Leipziger Volkszeitung befindet sich unter der Überschrift „Eine Anfrage“ eine Mitteilung über angebliche Mißhandlung des Kassenführers Zschmann durch den Oberaufseher Kunze der hiesigen Gefangenenanstalt I.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht:

Schlegel, Oberstaatsanwalt.

Grundverweigerung. Nach der Verordnung des Gesamtministeriums vom 10. 5. 19 ist die Grundverweigerung für im Stadtbereich Leipzig getätigte Grundstücksverkäufe nicht mehr an das Hauptamt, sondern an das Stadtbezirksamt zu zahlen.

Abhaltung der Neujahrsglückwünsche. In der Woche vom 15. bis 20. Dezember die Speiseabgabe auf rund 14 100 Mahlzeiten gegenüber rund 14 500 in der Woche zuvor.

Abhaltung der Neujahrsglückwünsche. Die Stb-Firewache wurde am 29. Dezember, abends, nach dem Polizeigebäude (Wächtertrah-) alarmiert. Dort hatte ein Gefangener einen Fluchtversuch unternommen und war zwischen dem Fensterbrett hängen geblieben.

Schlachthof (Schauamt II). Dienstag, den 30. Dezember, vormittags von 9 bis 12 Uhr, Ausgabe von Gulack, Brühwürsteln. Verkauf an Jedermann. Dänische Wurst, Kilogrammweise 8.20 M., an Inhaber von früheren gelben Kleinfleisch-Nummernmarke.

Knaben- und Kleinfleischverkauf. Areibank I: Nr. 1056-1825 (1826-1900), Areibank II: Nr. 8741-7820 (1-100), Dentschel (Gerberstraße): 9-3 Uhr, Nr. 1-300 (Ausland-Fleisch), Pfund 5.10 M., Schellenberg: 3-4 Uhr, Nr. 1-150 (Ausland-Fleisch), Pfund 5.10 M., Hoffmann, Wächterstraße: 2-5 Uhr, 876-1400 und 1-300 (Ausland-Fleisch), Pfund 5.10 M., Baumgarten (Moltkestraße): 10-11 Uhr, Nr. 1-200 (Ausland-Fleisch), Pfund 5.10 M., Pohle, Möderna: 1-5 Uhr, Nr. 1 bis 531 (Ausland-Fleisch), Pfund 5.10 M., Schellenberg, Planwitz: 1-5 Uhr, Nr. 1-300 (Ausland-Fleisch), Pfund 5.10 M., Emil Schellenberger, Volkmarstraße: 9-12 und 1/2 bis 4 Uhr, Nr. 1726-2000 und 1-500 (Ausland-Fleisch), Pfund 5.10 M., Wilde Gohlis: 9-12 Uhr, Nr. 1-511 (Ausland-Fleisch), Pfund 5.10 M.

Verkauf von Kleinfleisch. Dienstag, 30. Dezember: Müller in Chemnitz, von 9-11 und von 2-4 Uhr, Nr. 1-250. Ausland-

die es diesen Unternehmen zuteil werden läßt, besonders Anerkennung. Bassula leitete seine Künste mit einiger Bemerkungen über seine Tätigkeit ein, und betonte, daß er nicht zaubern, sondern täuschen und Illusionen vorspiegeln wolle.

Viedrabend. Was Hermann Gura ganz besonders auszeichnet, das ist seine vollendete Vortragskunst, mit der er vor allem die Balladen lebendig und packend meisterte. Der Wohlklang seiner unangenehmen Stimme wird allerdings durch Mängel in der Tonbildung, nicht unerheblich beeinträchtigt.

verschiedenen Stimmungen zu Gehör. Jarte, innige Brahmlieder, frische neuliche Volkslieder aus des Knaben Wunderhorn, Scherbis entzaggungsvolle „Junge Nonne“ usw. Für jedes fand sie den rechten Ton.

Städtische Theater. Die für Sonntag, den 4. Januar, angekündigte Orguefeler zum Besten bedürftiger Kinder Leipzig findet eingetretener Hindernisse wegen zunächst nicht statt, sondern wird voraussichtlich auf Ende Januar, Anfang Februar verlegt.

David's Referentenführer und Die Kunst der politischen Rede. In meiner Besprechung des Herrmannschen Buches Die Kunst der politischen Rede hat mein Hinweis auf David's Referentenführer am Schluß der Besprechung verständlich zu dem Glauben geführt, als erkläre ich mich mit dem Stofflichen zu halten des Referentenführers ein.

Eingelautene Schriften.

Hr. Ehrh. Haus Die Besingung des Deutschen Reiches. Kurze überschlägliche Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen für Beamte, Lehrer und Schüler. Verlag von Vandenhoeck und Ruprecht. Preis 50 Pf.

Preis Pfund 8.10 Net: Kohle in Gohlis, von 10-1 Uhr, Nr. 1 bis 450 (Auslandsteil); Kohle in Wacker, von 1-3 Uhr, Nr. 1 bis 500 (Auslandsteil); Kohle in Wacker, von 10-2 Uhr, Nr. 1501-2150 (Auslandsteil); Hofmann in der Wächterstraße, von 2-5 Uhr, Nr. 876-1400.

Polizeinachrichten.

Das Ende eines „Rechts“. Einem 24jährigen Mann aus Bausdorf war bekannt geworden, daß sich in einer Gastwirtschaft am Königplatz öfter Leute trafen, um ein Spielchen zu machen. Der junge Mann, kriminalistischer Totendrang im Verstand, ließ sich bei einem Friseur, weil er sich wahrscheinlich selbst zu grün vorkam, einen falschen bunten Bart ankleben und begab sich dann, mit großer Energie gewappnet, in das genannte Lokal, um den Spielklub auszudecken und die Schuldigen der Polizei zuzuführen. Leider kam es anders. Um sich wichtig zu machen, hatte er so gelegentlich im Gespräch zu mit am Tisch stehenden Gästen gesagt, er sei Kriminalbeamter, was die aber offenbar nicht für möglich hielten, denn sie hielten daraufhin schnell einen „richtigen“ Schuhmann. Mit dem Erscheinen dieses war bei dem andern auf einmal aller Mut und Totendrang geschwunden. Unter Tränen gab er sein Vorhaben zu und sah reumütig ein, daß er eine große Dummheit begangen hatte, über deren Folgen er sich nicht im Klaren gewesen sei.

Von einem Auto überfahren! Zeugen gesucht! Am 20. d. M., kurz nach 7 Uhr morgens, ist in der Neukircher Gohlischen Straße vor dem Hause Nr. 27 ein Schienenarbeiter der Straßenbahn von einem Kraftwagen überfahren worden. Er hat dabei so schwere Verletzungen davongetragen, daß seine Aufnahme im Krankenhaus erfolgen mußte. Beobachter des Vorfalls werden gebeten, ihre Anschriften alsbald der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mitzuteilen.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 30. Dezember.

Für Haushaltungen.
 Anm.: Fleisch: abzugeben V 1-10 bzw. V 1-5; Einfuhrzollmarken C 7; Fleischkarte 14 der grünen Zusatzlebensmittelliste.
Ausgabe. Brot: bester Tag — besteht mit 20 E der Lebensmittelkarte Reihe L (eine Packung).
Für Händler.
 Kokosfett: Bezugskartenablieferung durch die Buttergroßhändler. Feinwaren und Suppen: Bezugskartenabnahme durch die Kleinhandl. und Obmänner, Schulstraße 1, und Vorlegung an die Verteilungszentrale, Schalter 88.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Die Wählarbeit der kirchlichen Dunkelmänner.
 Aus N 3 A wird uns geschrieben:
 Das sächsische Schulgesetz hat für Eltern, Lehrer und Schüler einige Freiheiten gebracht, welche aber von der Kirche hinterher wieder beseitigt werden sollen. Aus diesem Grunde werden auf Veranlassung der Landesynode in den einzelnen Schulgemeinden Unterschriften gesammelt, welche zur Gründung einer konfessionellen Schule verwendet werden sollen. Die Listen bezugl. Anträge beginnen: „Wir beantragen hiermit für unsere Kinder usw.“ Hiermit soll der Ansicht erweckt werden, als ob die Eltern der schulpflichtigen Kinder die Initiative hierzu ergriffen hätten. In Wirklichkeit haben die Mehrzahl der Unterschriften gar keine Kinder in die Mittelschule zu schicken. Es sind in der Regel Personen, die ihre Kinder in die höheren Schulen nach Leipzig schicken oder früher einmal geschickt haben. Auch die Kinder selbst werden oft veranlaßt, in Abwesenheit des Vaters dessen Unterschrift zu unterschreiben. Es sind Unterschriften vorhanden von Personen, die schon längere Zeit gestorben sind. Auf den Widerspruch eines von fremder Hand Unterschriften mußte die Unterschrift rückgängig gemacht werden. Gelingt es der Kirche, wieder Einfluß in der Schule zu gewinnen, dann wird es allen Anstrengungen nicht gelingen, die Mächte der Finsternis zu bannen! Darum, tretet heraus aus der Kirche und tretet ein für die Einheitschule.

Knautzberg. Gemeinderatsitzung. Die Regelung der Wegebeiträge wurde bis zur Fertigstellung der Leipziger Straße vertagt. Von der Gaspreiserhöhung wurde Kenntnis genommen. Es kostet der Kubikmeter vom 1. Dezember an 55 Pfg.; für die Nachlaternen pro Brennstunde 7 Pfg. Für die Pflasterung der Fußwege sollen Kostenaufschläge eingefordert werden. Danach soll mit den Besitzern wegen der Pflasterung verhandelt werden. Es wurde erneut darauf hingewiesen, daß das unbefugte Wegfahren von Sand auf der Leipziger Straße verboten ist. Ingenieur Vogt ist mit dem Projekt für das Bad vertraut worden. Den Bau desselben übernimmt die Gemeinde in eigene Regie. Gegen die Abweisung der sächsischen Arbeiter aus dem Stadlbereich soll bei der Amtshauptmannschaft Beschwerde geführt werden. Die Kreisstellen sollen sich wöchentlich einmal in Leipzig auf dem Arbeitsnachweis melden. An diesem fällt die Kontrolle auf dem Gemeindeamt aus. Mit dem Rentmeister des Altstadtbereichs ist verhandelt worden wegen Einverleibung der Flurstücke des eremten Gutsbezirks in die Gemeinde. Dem wurde zugestimmt. Wegen Ankauf eines Flurstücks soll weiter mit der Rittergutsverwaltung verhandelt werden. Für das erste Vierteljahr 1920 sollen die Steuern nach dem Sage von 1919 eingezogen werden. Beschwerde wurde geführt über die mangelhafte Milchlieferung.

Sächsische Angelegenheiten.

Nach einmal die Butterknechtchen in Bad Elster.
 Ministerialdirektor a. D. Heintz, der Hauptschuldige an dem Butterknechtchen in Bad Elster, hat nach der merkwürdigen „Aufklärung“ durch die Regierung in der Volkshammer den Mut gefunden, sein Verhalten in der unfairen Geschichte zu verteidigen. Darauf erklärt jetzt das Lebensmittelamt:

„Wichtig ist, daß von der für die Landesanstalten aus den öffentlichen Beständen gelieferten Butter „Spitzen“ nach Bad Elster zur Verwendung für butterbedürftige Kranke Kurgäste auf Grund ärztlichen Zeugnisses abgegeben werden dürfen und daß hierzu das Landeslebensmittelliste seine Genehmigung erteilt hatte. Unrichtig ist aber, daß die bedauerlicherweise vorgenommene Abgabe der Butter an andre als Kranke Personen mit Wissen aller dabel interessierten amtlichen Stellen, also auch mit Wissen des Landeslebensmittelliste amts erfolgt sei. Das Landeslebensmittelliste hat erst aus Anlaß der Erörterungen, die infolge der aufgedeckten unbefugten Butterablieferung erfolgt sind, erfahren, daß von den Buttermengen, die in den Jahren 1918, 1919 und 1920 an die Landesanstalt Arnstadt abgegeben worden sind und die insgesamt 1188% Zentner betragen, nicht weniger als 65% Zentner nach Bad Elster geliefert worden sind. Daß gegenüber diesen Mengen von „Spitzen“ schlechterdings nicht mehr die Rede sein kann, bedarf keiner weiteren Erörterung. Infolgedessen war es Pflicht der mit der Versorgung der Landesanstalten und von Bad Elster betrauten behördlichen Stellen, für die Ministerialdirektor a. D. Heintz bei der Verantwortung, aus dem Landeslebensmittelliste rechtzeitig vor den vorhandenen Butterüberschüssen in Kenntnis zu setzen, und dazu bot sich bei den wiederholten Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung von Bad Elster ausreichende Gelegenheit. Insbesondere hätte dies erfolgen müssen bei der am 24. März 1919 in Bad Elster abgehaltenen Verhandlung, in der die Lebensmittelversorgung für das Jahr 1919 an Ort und Stelle eingehend geregelt worden ist. Dabei wurde laut protokollarischer Bestimmung ausdrücklich vorgegeben, daß in Bad Elster die Belieferung in gleicher Weise zu regeln sei, wie für die übrige Zivilbevölkerung des Landes. Sonderzuweisungen nicht gewährt werden könnten und jede Schlemmerlei unterbunden werden müsse. An dieser Besprechung hat Ministerialdirektor a. D. Heintz persönlich teilgenommen. Ihn trifft also die Schuld für die in Bad Elster bedauerlicherweise vorgekommene Mißwirtschaft.“

Nach diesen Veröffentlichungen des Landeslebensmittelliste wird die schonende Rücksicht des zuständigen Ministeriums immer unverständlich. Warum hat man denn in den amtlichen Darstellungen diese wichtigeren Tatsachen bisher verschwiegen und der Offenheit vorzuziehen? Es scheint fast so, als ob man die Wahrheit absichtlich so lange zurückgehalten habe, damit sich der schuldige Dr. Heintz erst durch seine Pensionierung in Sicherheit bringen und der Strafe für seine verbrecherische Handlung entziehen konnte.

Wieder ein Zeitungsverbot.

Das Mittelungsblatt der R. P. D. des Industriebezirks Chemnitz-Erzgebirge-Vogtland ist vom Militärbefehlshaber auf fünf Tage verboten worden.

Ein wirtschaftlichster Landesverband.
 Die Molkereiverbände der Kreishauptmannschaften Dresden, Bautzen, Leipzig, Chemnitz und Zwickau, der Verein der Molkereifachleute Sachsen und der Verband mitteldeutscher Milchhändlervereine haben am 20. Dezember einen wirtschaftlichster Landesverband mit dem Sitz in Dresden gegründet. Dabei wurde davon gesprochen, daß der Verband ein Instrument sein soll, den kommunalen, staatlichen und Reichsbehörden ihre schwierige Arbeit zu erleichtern. Der eigentliche Zweck dürfte aber sein, die Milchpreise im Interesse der Molkereien und Händler zu „regeln“, d. h. ganz gewaltig zu erhöhen.

Eine Musterung der Reaktionsgarde.

Die Deutschnationale Volkspartei will am 18. Januar in Dresden ihren ersten sächsischen Parteitag abhalten. Als Redner sind der Fabrikdirektor Behnig, Dr. Albrecht, Philipp-Dorna und Staatsminister a. D. Bergt vorgezogen.

Dresden. Die Kohlenzufuhr für die städtischen Elektrizitätswerke in Dresden war in der letzten Zeit derart schlecht, daß der Straßenbahnverkehr bedeutend eingeschränkt werden mußte. Die Kohlenzufuhr hat sich aber jetzt weiter verschlechtert, daß seit Sonntag früh 8 Uhr der gesamte elektrische Straßenbahnverkehr eingestellt ist.

Neustadt (Amtshauptmannschaft Pirna). Am Dienstagabend in der 6. Stunde wurde im benachbarten Langburkersdorf die 63 Jahre alte Schmittwarenhandlerin Laura Reuter, die das an der Hochwaldstraße gelegene frühere Gaussegelbühnenmehlwägen bewohnte, von Käufern hinter dem Bäumchen tot aufgefunden. Der Ermordete ist, vermutlich mit einem Beil, der Gehädel eingeschlagen worden.

8. Quittung.

Für die Opfer der Revolution können beim Bezirkspartei-sekretariat ein: Bereichs quittiert 17 855,92 RM. Arbeiter und Arbeiterinnen R. & M. Hoff, Heinrichstraße 80.—; Baudelegierte, Edmund Anders, Gohlis 2450; H. P. Gohlis 20.—; R. P. Gohlis 5.—; Arbeiterschaft der Kriegs-Wehr-Bez. Gohlis 60,00; Albert Heilig 15.—; Arbeiter der Firma Friedrich u. Co., Plagwitz 80.—; Gesamtpersonal der Firma Hallberg u. Wächter, Buchdruckerei 51,50; Ein Vater und zwei Töchter 10.—; Rummelshausen 10.—; Arbeiter-Red. Bund Goldbach, Bezirk Leipzig 18.—; Angestellte und Arbeiter der Firma B. Groß, R. Gohlis 214,00; Angestellte und Arbeiter der Firma Paul Junke u. Co. 342.—; Arbeiter der Firma Köhler u. Mathies, Leipzig 510,00; Arbeiter der Firma Max Dehne, Bau, Plagwitz 18.—; Arbeiter und Familie, Gohlis 1 250.—; Von den Weibern der Firma Mittel u. Krüger 84.—; Arbeiter der Firma Engel u. Sohn, Engelsdorf 48,25; Arbeiter und Arbeiterinnen der Thüringer Wollgarnspinnerei, Leipzig 162,00; Weischaft von Schumann u. Co., Plagwitz 168.—; Werkplatz von N. Wolle, d. Frische 47,50; Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Mittel u. Krüger 258,10; Arbeiter und Arbeiterinnen der Rammergarnspinnerei, Passendorf Str. 161,75; Leipziger Textilwerke, Gebr. Frank, Stritz, und Wirtwarenfabrik 110,10; Chemische Fabrik Adler 108,50; Leipziger Tricotagenfabrik angefangene Straßener 1919 208,12; Wollkammerei Rodau 258,01; Färberei Rudner 78.—; Färberei Pura 15,10; Jutespinnerei Erdmeyer u. Würtler 111,50; Bleichert u. Co., Nachtrags 2.—; Arbeiter der Firma Hugo Langig 48,50; Organisierte Arbeiter der Firma P. Jacharid 28,50; Arbeiter der Firma S. S. 2.—; Die Arbeiter vom Neuen Stadtrat 17.—; Ortsgruppe Ransdorf, Sammlung 291,95; Festsammlung der Straßenbahner 208,70; Städtische Kartoffelstelle, Schlichthof 25,50; Weischaft der Firma Robert Klein Nachf., Leipzig-Schönefeld 51.—; Sattlerei der Firma August Hahn 16,50; Angestellte und Arbeiter der Firma Krausberger, Holzhausen 188.—; Vom Personal des Autoteillagers, Leipzig 125.— RM. Summa 22441,15 RM. Sch r t

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Amiliche Bekannmachung.

Aufhebung der Belieferung der Milchkarten für Kinder von 4-6 Jahren.

Die besten Milchkarten für Kinder von 4-6 Jahren dürfen vom 30. Dezember an nicht mehr beliefert werden, da die häusliche Milch bis dahin aufgebraucht ist und andere Milch vorläufig nicht zur Verfügung steht. Die Bekannmachung vom 23. Dezember 1919 wird aufgehoben.
 Leipzig, am 27. Dezember 1919.
 Ern.-A. II. Der Rat der Stadt Leipzig.

Gebisse und Zähne!

Kaufe nur Montag, Dienstag und Mittwoch und zahle per Bahn mindestens 7, 8 bis 30 Mk. Brennstifte Silber bis 80 Mk. Reines Platin überbiete jedes Angebot. Einkauf findet statt im Hotel Frühlich, Wintergärtenstr. 14, I. Stock, Zimmer Nr. 3, gegenüber dem Krystallpalast. Geschäftzeit von 9 bis 7 Uhr ununterbrochen.

Kaufe alte Zahngelbisse

einzelne
Zähne, Platin, Brennstifte, Tegel.
 Zahle die höchsten Preise, jedoch kein Zahn, der echt ist, unter Mk. 6.—
Platin, per Gramm Mk. 110.
 Kaufe auch von Händlern, Dentisten, Zahnärzten zu höchsten Tagespreisen nur Dienstag, 30./12., u. Mittwoch, 31./12., im Hotel Stadt Freiberg, Brühl 73, I. Zimmer Nr. 10 ununterbrochen von früh 9-6 Uhr abends.*

Gewinnliste der Kaninchenausstellung

zu Leipzig-Kleinmachauer vom 24.-26. Dez. 1919.

5	81	42	40	51	54	58	02	75	85	110	111	115	128	127
178	187	141	164	173	185	188	190	198	205	220	224	248	248	248
215	286	291	292	285	325	384	381	370	398	397	414	416	425	447
448	448	448	455	459	470	478	477	479	481	488	514	512	515	525
537	584	581	585	600	608	619	631	631	655	658	668	670	701	702
711	729	788	748	749	758	782	775	776	781	780	798	790	801	810
881	888	885	848	850	860	868	864	894	898	901	928	97	928	938
949	955	958	982	979	974	978	979	988	996	1008	1010	1018	1024	1089
1044	1058	1098	1108	1108	1189	1150	1177	1168	1188	1219	1218	1215	1226	1288
1242	1243	1268	1291	1267	1274	1290	1292	1296	1318	1311	1335	1341	1348	1359
1362	1374	1385	1401	1402	1424	1438	1445	1459	1480	1481	1499	1510	1511	1512
1512	1515	1583	1584	1540	1552	1560	1610	1604	1615	1617	1642	1655	1673	1678
1698	1780	1746	1749	1774	1778	1779	1789	1790	1815	1816	1810	1828	1898	1890
1891	1890	1890	1890	1890	1912	1917	1907	1907	1912	2019	2005	2022	2028	2048
2048	2048	2048	2048	2048	2075	2082	2091	2121	2145	2148	2149	2170	2173	2191
2100	2103	2200	2205	2295	2249	2254	2287	2310	2310	2310	2310	2310	2310	2310
2310	2400	2401	2403	2415	2488	2484	2485	2400	2454	2462	2478	2479	2477	2475
2477	2475	2477	2475	2475	2499	2514	2518	2524	2551	2554	2557	2557	2557	2557
2557	2580	2582	2585	2592	2592	2605	2613	2610	2624	2680	2680	2680	2680	2680
2680	2680	2680	2680	2680	2700	2710	2724	2731	2745	2752	2758	2775	2775	2781
2781	2781	2781	2781	2781	2808	2812	2849	2855	2858	2859	2871	2872	2880	2880
2880	2880	2880	2880	2880	2904	2920	2928	2945	2961	2964	2980	2988	2988	2988

Zahn-Praxis
Minna Torton
 Bismarckstr. 45, I
 am Hauptbahnhof.
 Tel. 10875. Gegr. 1898
 Künstl. Zähne v. L. 25 an
 Plomben von 1 an
 Repar. sof. Bill. Preis.
 Schonende Behandlung

Ofenfertiges Brennholz
 in Suche u. Liefer. liefert in größeren u. kleineren Mengen die Holzhandlung Carl Oelsen, B.-Kleinmach. Klingenbergstr. 28.
Ia. Rauchtabak
 rein Liefersee
 Fabrikate erstklassiger Firmen
 Wfb. 23. A. folmann, Vorrat reich
 L. Hofmann, G.-Soltm.
 Silbergartstraße 44.

Ab 1. Januar 1920

Emil, nimm dich in acht!

Hartstein-Gastspiel

